



Neue Zürcher Zeitung
8021 Zürich
044/ 258 11 11
www.nzz.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 106'890
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.207
Abo-Nr.: 1095889
Seite: 9
Fläche: 72'906 mm²

Wie Odysseus am Mast

Damit es beim Finanzausgleich nicht wieder zum Streit kommt, soll sich die Politik selber festbinden



Verblichener Zusammenhalt: Die Kantone wollen den Finanzausgleich entpolitisieren.

GEORGIOS KEFALAS / KEYSTONE

MARCEL AMREIN

Nicht mehr das Parlament, sondern ein Automatismus solle künftig den Finanzausgleichstopf füllen, fordern die Kantone. Ähnliches hat sich anderswo bewährt. Doch werden die Parlamentarier mitspielen?

Ihr Ei des Kolumbus fanden die Kantone vor zehn Tagen. Dick auf der Trak-

tandenliste der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) stand der nationale Finanzausgleich, der seit Jahren in einer verfahrenen Situation steckt. 2015 hatte es das Parlament nur nach groben Reibereien zwischen Gebern und Nehmern geschafft, die neuen Beiträge festzulegen. Den meisten Akteuren wurde damals klar, dass etwas geschehen muss. Und tatsächlich: Nun haben sich die Kantone auf einen Kompromissvor-

schlag geeinigt, der einen wesentlichen Teil des Malaises beheben soll. «Solidarität ist keine Einbahnstrasse», sagte dazu der scheidende KdK-Präsident Jean-Michel Cina.

Vorbild Schuldenbremse

Der Kern der Lösung ist simpel. Der Ressourcenausgleich, das weitaus wichtigste Gefäss des Finanzausgleichs, soll



Neue Zürcher Zeitung
8021 Zürich
044/ 258 11 11
www.nzz.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 106'890
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.207
Abo-Nr.: 1095889
Seite: 9
Fläche: 72'906 mm²

künftig nicht mehr alle vier Jahre vom Parlament dotiert werden, sondern neu von einem gesetzlichen Automatismus abhängen. Er soll jeweils genau den Betrag aufweisen, mit dem der schwächste Kanton auf 86,5 Prozent der durchschnittlichen Schweizer Ressourcenausstattung kommt. Da die Rechnung jährlich frisch gemacht wird, würde der Ausgleich besser auf die Entwicklung der Disparitäten reagieren. Vor allem aber wäre das Seilziehen und Kuhhandeln zwischen den Parlamentariern der Geber- und der Nehmerkantone passé.

Was die Kantone nicht ausdrücklich sagen: Ihre Lösung entspricht einem wohlbekanntem Muster. Sie fordern letztlich einen Schritt, der sich bei den öffentlichen Finanzen immer dann anbietet, wenn politische Einzelentscheidungen schlechte Ergebnisse zeitigen – sie wollen die Bindung an eine allgemeine Regel. Das berühmteste Schweizer Beispiel dafür ist die Schuldenbremse: Beim Budget ist das Parlament heute an einen Ausgabenplafond gebunden, während es früher ohne grosse Einschränkungen schalten und walten konnte – das Ergebnis waren strukturelle Defizite und ein beängstigender Schuldenberg. Wie damals für alle Beteiligten die Versuchung unwiderstehlich war, mehr auszugeben, als einzunehmen, so ist heute für die dominierenden Nehmerkantone die Versuchung unwiderstehlich, den Finanzausgleich immer weiter anschwellen zu lassen. Abhilfe tut not. Ökonomen haben den Vergleich mit dem schlauen Seefahrer Odysseus parat, der den verführerischen Sirenen widerstand, weil er sich an den

Schiffsmast gebunden hatte.

Abstrakte Formeln

Auch in der Altersvorsorge wäre eine Regelbindung wohl die sauberste Lösung für die anstehenden Probleme. Das heutige Rentenalter lässt sich angesichts der steigenden Lebenserwartung langfristig kaum halten. Aber ein neues Rentenalter beispielsweise bei 67 Jahren stösst auf Widerstand, vielleicht auch deshalb, weil es als willkürlicher Einzelentscheid daherkäme; zudem wäre es irgendwann erneut unzureichend. Warum nicht die Entwicklung des Rentenalters permanent an die Entwicklung der Lebenserwartung koppeln? Einen solchen Mechanismus haben etwa Dänemark und Italien unlängst beschlossen.

Bei all ihren Vorzügen haben es Regelbindungen oft schwer. Zum einen erwecken abstrakte Formeln gerne Misstrauen – nicht immer zu Unrecht, denn sind sie falsch konstruiert, können sie tatsächlich erheblichen Schaden anrichten. Zum anderen mögen staatspolitische Bedenken dagegen sprechen, die gewählten Politiker in ihrem freien Ermessen einzuschränken.

Solche Bedenken kommen natürlich gerade auch von den betroffenen Politikern. Es ist wohl kein Zufall, dass die an sich naheliegende Idee eines Automatismus für den Finanzausgleich nicht im Parlament entstand, sondern draussen, bei den Kantonen. Der Entscheid darüber wird aber bei den Parlamentariern liegen. Sie würden sich selber Fesseln anlegen müssen. Sind sie dazu bereit?

Mit Fragezeichen

«Das wird sicher noch zu diskutieren geben», sagt etwa der Luzerner FDP-Nationalrat Albert Vitali, der in der Finanzkommission der grossen Kammer sitzt. Er zeigt sich grundsätzlich offen für den Vorschlag der Kantone, denn der Finanzausgleich sei eine bedeutsame Errungenschaft, der es Sorge zu tragen gelte. Doch wenn das Parlament bei der Dotierung künftig umgangen werden solle, seien im Vorfeld zumindest Fragezeichen anzubringen.

Ein anderer Finanzpolitiker, Nationalrat Thomas Aeschi (svp.) aus dem Geberkanton Zug, glaubt an die Erfolgchancen des Vorschlags im Parlament. Immerhin sei dieser unter den Kantonen breit abgestützt. Als man den Finanzausgleich vor rund 15 Jahren geschaffen habe, habe man ungenügend vorhergesehen, welche Mängel sich im politischen Prozess zeigen würden. «Das ist nun zu korrigieren», meint Aeschi und sieht im Vorschlag einen Schritt in die richtige Richtung. Auch Philipp Hadorn (sp., Solothurn) zeigt ein gewisses Verständnis für die Idee eines Automatismus. Allerdings ist er der Ansicht, das Parlament habe beim Finanzausgleich heute schon zu geringe Handhabe – es wisse nicht einmal, wie sich der Ausgleich auf die staatlichen Leistungen in den einzelnen Kantonen auswirke. Und nun solle es auch den Ausgleichsbetrag nicht mehr selber festlegen dürfen? «Es wird spannend sein, diese Debatte zu verfolgen», glaubt Hadorn.